

zu einer besseren
Rechte,
der entfalten, erweitern
Schreiber, darüber
Arbeiter in einer

zum September.
Schreiber in Romm
vor seiner Rückkehr
bedacht. Sie haben
lebende Gedanken
dazu, sich darunter zu
einer neuen Zei
ge später in einem
seinen Unbekannten
auf dem Platz los
zu. Er forderte den
erst vorübergehend
organisierte Kollegen, Parteilose und KGO-Mitglieder in den Wahlau-
schuh delegiert.

Der Wahlauftakt tagt jede Woche und beschließt die notwendigen Maßnahmen zur Mobilisierung der gesamten Belegschaften. Die Forderungen der Arbeiter wurden zu einem Kampfprogramm zusammengefasst. In allen Bahnhöfen und Werkstätten werden Versammlungen durchgeführt, wo in dem Kampfprogramm Stellung genommen wurde und die Vorschläge für die Kandidaten der roten Einheitsliste erfolgten. Diese Vorschläge wurden dann von dem Wahlauftakt zu der roten Einheitsliste zusammengefasst, auf der die Namen von 30 Kollegen stehen, die nach den Gesichtspunkten der Herstellung der proletarischen Einheitsfront vorgeschlagen waren. Freigewerkschaftler sind dabei gemeinsam mit unorganisierten und KGO-Kollegen.

Am 12. Februar hatte der Wahlauftakt eine allgemeine Betriebsversammlung einberufen, wo die bisherigen roten Be-



Die Belegschaften der Dresdner Straßenbahnen haben mit der Vorbereitung der Betriebsratswahlen, die im März stattfinden, schon im Januar begonnen. Auf breiterster Grundlage wurde ein Wahlauftakt von 20 Kollegen gebildet. Von allen 12 Bahnhöfen wurden freigewerkschaftlich organisierte Kollegen, Parteilose und KGO-Mitglieder in den Wahlauftakt delegiert.

Der Wahlauftakt tagt jede Woche und beschließt die notwendigen Maßnahmen zur Mobilisierung der gesamten Belegschaften. Die Forderungen der Arbeiter wurden zu einem Kampfprogramm zusammengefasst. In allen Bahnhöfen und Werkstätten werden Versammlungen durchgeführt, wo in dem Kampfprogramm Stellung genommen wurde und die Vorschläge für die Kandidaten der roten Einheitsliste erfolgten. Diese Vorschläge wurden dann von dem Wahlauftakt zu der roten Einheitsliste zusammengefasst, auf der die Namen von 30 Kollegen stehen, die nach den Gesichtspunkten der Herstellung der proletarischen Einheitsfront vorgeschlagen waren. Freigewerkschaftler sind dabei gemeinsam mit unorganisierten und KGO-Kollegen.

Am 12. Februar hatte der Wahlauftakt eine allgemeine Betriebsversammlung einberufen, wo die bisherigen roten Be-

triebsräte Bericht von ihrer Tätigkeit in der vergangenen Zeit gaben, das Kampfprogramm eingehend festgelegt und über die fertiggestellte Liste abgestimmt wurde. Die Versammlung war schwach besucht und deshalb wird in den in kürzer Zeit stattfindenden Abteilungsversammlungen der Kollegen nochmals die rote Einheitsliste und das Kampfprogramm unterbreitet werden.

Der Wahlauftakt ist sich darüber vollkommen im klaren, daß mit dem Heraufkommen des Wahltages der Kampf um die Bedeutung des Betriebsrates noch lebendiger werden muß. Aus diesem Grunde werden die intensiven Vorbereitungen getroffen, um allen Kollegen die Bedeutung der Wahl und die Notwendigkeit der Wahl der roten Einheitsliste vor Augen zu führen. Die Kampfbereitschaft und Entschlossenheit der Belegschaften der Dresdner Straßenbahnen wird in den bevorstehenden Kämpfen eine große Bedeutung gewinnen. Deshalb bemühen sich auch die Nazis mit besonderer Energie, um unter den Straßenbahnen Einfluss zu gewinnen. Für die revolutionären Straßenbahner steht aus diesem Grunde die besondere Aufgabe, den Betriebsratswahlkampf im Zeichen der antifaschistischen Union zu führen. Faschismus bedeutet neuer Lohnraub, völlige Unterdrückung und blutige Unterdrückung der Arbeiterschaft und Verhinderung der Arbeitsorganisation. Das muß vor allem jenen Kollegen klargemacht werden, die sich auch heute noch von den Nazidemagogien trefen lassen. Nur die proletarische rote Einheitsfront aller Arbeiter wird den gemeinsamen Feind schlagen. Deshalb alle Kräfte eingesetzt für den Sieg der roten Einheitsliste der Straßenbahner.

die Arbeiter vom Kampf abzuhalten. Deshalb keine Stimme der Liste der Saboteure der roten Einheitsfront. Alle Stimmen der roten Einheitsliste.

Das große Beispiel

Bei den Auseinandersetzungen zur Betriebsratswahl bei der Dresdner Straßenbahn werden bestreitbarweise die Vorgänge und der Verlauf des großen Streiks der Berliner Verkehrsarbeiter eine ganz besondere Rolle spielen. Der Streik der VBG-Arbeiter stand unbestritten unter der Führung der KGO und er hätte siegreich beendet werden können, wenn die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie nicht die geschlossene Kampffront gespalten und den offenen Streikbruch organisiert hätte.

Die Dresdner Straßenbahner müssen auch bei den kommenden Wahlen davon profitieren, mit welch schändlichen Mitteln die Gewerkschaftsführer immer und immer wieder versuchen den Kampf abzuwenden, nachdem es ihnen nicht gelungen war, ihn zu verhindern. Die proletarische Einheitsfront entstand im Kampf trotz der Sabotage der Bonzen.

Die Nazis, die zuerst scheitern für den Streik Stellung nahmen, standen gleichfalls offen in der Streikbrecherfront. Als der gewaltige Kampf an seinem entscheidenden Punkt angelangt war, da zogen sie ihre Vertreter aus der Streikleitung zurück und wiesen ihre Mitglieder, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Der Berliner Verkehrsarbeiterstreik war der Höhepunkt der Streikwelle, die sich offen gegen die Papenregierung richtete und im wesentlichen zum Sturz Papens beigetragen hat.

In seinem Verlauf hat es sich gezeigt, daß nur die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition den Willen und die Kraft hat, die Arbeiterschaft in den Kampf um ihre berechtigten Forderungen zu führen. Nur wenn die proletarische Einheitsfront, trotz der Sabotage der Gewerkschaftsführer, von der Arbeiterschaft selbst hergestellt wird und erhalten bleibt, kann der Sieg errungen werden. Deshalb müssen auch die Dresdner Straßenbahner sich sofort zur roten Einheitsfront zusammenstellen, um im Kampf gegen den Faschismus ihren Mann zu stellen und gegenüber den bevorstehenden Angriffen der Bourgeoisie auf Lohn und Brot gewappnet zu sein.

Nazipartei gegen die Forderungen der Straßenbahner

Die kommunistische Stadtvorstandsfaktion in Dresden hat einen Antrag eingebracht, der die Vierzigstundenwoche mit vollem Lohnausgleich und die Wiederherstellung der Löhne des Jahres 1931 für die Betriebe der Dresdner und alle übrigen städtischen Betriebe fordert.

Als diese Fragen im Reichsausschuß zur Beratung standen, gaben die Nazis im arge Bedrängnis. Sie mußten offen befehlen, wie die Nazipartei zu den Forderungen der städtischen Arbeiter und auch der Straßenbahner steht.

Die Nazistadtvorstände lehnen den kommunistischen Antrag ab.

Damit haben die Nazis sich klar und offen zu den Massenentlassungen und den fortmährenden Lohnabbau bekannt, der an den Straßenbahnen verübt wurde. Wer gegen die Vierzigstundenwoche mit vollem Lohnausgleich Stellung nimmt, wie das die Nazis getan haben, der ist für die Entlassungen. Wer gegen die Zuriethseröberung der alten Löhne Stellung nimmt, unterstützt den begangenen und noch geplanten weiteren Lohnraub.

Den Nazis war es im Reichsausschuß gar nicht wohl, als sie sich selbst entlachen mußten. Deshalb griffen sie zu den dümmsten Ausreden. So erklärten sie z. B., sie müßten die Forderungen nach der Verkürzung der Arbeitszeit und der Erhöhung der Löhne deshalb ablehnen, weil sonst dann auch die Stadtverordnetenämter abgebaut werden müßten. Eine solche "Begründung" begreift kein Mensch mit vernünftigem Sinn. Wenn es tatsächlich so wäre, wie die Nazis behaupten, so ist es ja für sie noch schlimmer, daß sie die Forderungen der Straßenbahner und aller häblichen Arbeiter abgelehnt haben.

Diese Tatsachen müssen allen Straßenbahner zur Kenntnis gebracht werden und besonders den Kollegen, die sich von der



Nazidemagogie noch beeinflussen lassen. Ein jeder Straßenbahnarbeiter muß begreifen, daß die Nazibetriebsstellenorganisation eine Unternehmergeiste ist, die zu dem Zweck geschaffen wurde, den Arbeitern in ihrem Kampf um Lohn und Brot in den Rücken zu fallen und die Kampffront zu zerstören.

Die Vorgänge in den letzten Wochen beweisen jedem Proleten, daß er in der Nazipartei nichts zu suchen hat und er nur seine eigenen Interessen schützt, wenn er ihr länger angehört. Keine Stimme der Nazipartei. Jeder Straßenbahnarbeiter stimmt für die rote Einheitsliste.

Strassenbahner! Eure Gewerkschaftszeitung ist

KAMPFBLOCK

Reichsorgan der RGO, Industriegruppe Gemeinde und Verkehr
Redaktion: K. H. Klemm, Herausgeber: K. H. Klemm, Druckerei: K. H. Klemm, Berlin, Seite 1, 1932

Betrügerisches Manöver der Gewerkschaftsführer

Wie vor jeder Wahl, so versuchen auch heute wiederum die Gewerkschaftsführer mit der Unterstützung der sozialdemokratischen und christlichen Betriebsräte Macht über das Unternehmen zu erlangen, um von ihrem lächerlichen Verhalten in der Vergangenheit abzulenken. Eine für das Arbeiterschaft der Dresdner Straßenbahnen betrügerische Frage ist die Regelung der Arbeitszeit.

Die Gewerkschaftsführer hatten im vergangenen Jahr eine Vereinbarung getroffen, daß die tägliche Arbeitszeit 8 Stunden beträgt. Für die vor der Direktion verlangte Arbeit an den ausgleichsreichen Tagen wurde

die versprochenen Projektzuschläge nicht gezahlt.

Die roten Betriebsräte forderten deshalb in Übereinstimmung mit der Belegschaft, daß die Arbeitszeit auf 7 Stunden und 24 Minuten festgelegt wird. Die sozialdemokratischen Betriebsräte lehnten dies auf Namensbasis der Gewerkschaftsführer ab.

Betriebsräte und Kandidaten!

Freitag, den 17. Februar, 20 Uhr, im RGO-Büro, Steinstraße 15, 2. Betriebsräte-Vollversammlung. Tagesordnung: Die Bedeutung der Betriebsräte für die Arbeiterschaft — Wie schaffen wir rote Einheitslisten?

Alle Kandidaten und roten Betriebsräte müssen erscheinen.

RGO, Ortskomitee Dresden, Betriebsräteauschuh

Oppositionelle Gewerkschaftsfunktionäre!

Am Montag, dem 20. Februar, 1932 Uhr, findet in Dresden, im "Reichsader" eine allgemeine Gewerkschaftsfunktionärsversammlung statt in welcher Eggert vom Bundesvorstand des ADGB über: "Die Gewerkschaften im Dienst der politischen und wirtschaftlichen Reise spricht. Funktionärsausweis nicht vergessen!

Alle oppositionellen Funktionäre nehmen an dieser Versammlung teil.

und ließen nicht einmal die von den roten Betriebsräten geforderte Urabstimmung über die Fragen zu.

Diese Stellung nahmen sie noch vor drei Wochen ein. Heute, wo die Reichstagswahl vor der Tür steht und die Betriebsrätewahl in wenigen Wochen durchgeführt wird, hellen sich die sozialdemokratischen Betriebsräte auf einmal ganz anders ein. Sie haben die Forderungen der roten Betriebsräte nach der Arbeitszeit von 7 Stunden 24 Minuten übernommen und legen in diesem Sinne schon mit der Direktion verhandelt. Was sie bisher mit allen Mitteln bekämpft haben, präsentieren sie jetzt auf einmal als "ihre Vorschläge".

Es ist leichtverständlich, daß sie sich erst gegenüber der Direktion verzerrt haben, daß ihr Eintreten für die rote Einheitsfront der roten Betriebsräte für sie nicht unangenehme Konsequenzen zur Folge haben wird. Der Direktor Albrecht soll beim Betriebsrat schließlich auch erklärt haben, daß die Direktion gegen die Aenderung der Arbeitszeitentlastung nichts einzubringen habe, wenn die Belegschaft in einer Urabstimmung das befürchten sollte. Diese Erklärung hat die sozialdemokratischen Betriebsräte auf einmal so mutig weichen lassen. Sie wollen jetzt kurz vor der Wahl noch schnell beweisen, was sie für mutige Kerle sind. Doch die Belegschaft wird dieses Manöver durchschauen und daran denken, daß die roten Betriebsräte zum ersten Tag an für die Forderungen der Arbeiter eingetreten sind und daß gerade die Gewerkschaftsführer und SVD-Betriebsräte die Schuld tragen, daß die Forderungen nicht schon viel früher verwirklicht werden konnten.

Die freigewerkschaftlichen Betriebsräte bleiben auch heute noch auf

Saboteure der Einheitsfront

Als in den Dresdner Betrieben die Welle der proletarischen Einheitsfrontaktion gegen das Blutbad im Regierungshaus ausbrach, setzte sich am deutlichsten, wer die proletarische Einheitsfront wirklich will und wer nur von ihr spricht, um sie so wirksam verhindern zu können. In einer Betriebsversammlung der Dresdner Straßenbahnen wurde gegen die Stimme des christlichen Betriebsrates Souper eine Protestentschließung angenommen, die dem Dresdner Polizeipräsidium übermittelt werden sollte. Dieser Beschluß wurde aber nicht durchgeführt und die Entscheidung nicht abgelöst. Die SVD-Betriebsräte redeten sich damit davon, daß sie die "Forderungen des Betriebsrates im Polizeipräsidium mündlich vorgetragen" hätten. Was sie dort ausgeführt haben, darüber besteht nicht die geringste Kontrolle.

Als die roten Betriebsräte den Antrag stellten, der Belegschaft vorzulegen, am Beginn bis zu einer viertelstündigen Protestzeit durchzuführen, wandten sich die Betriebsräte Niedel und Niedel mit aller Entschiedenheit dagegen. Sie behaupteten, ein solcher Vorschlag sei wegen der Bestimmungen des Betriebsvertrages nicht durchführbar. Als würde die Durchführung einer roten Einheitsfrontaktion an der Auslegung der Betriebsvertragsparagrafen scheitern.

Als in einer Betriebsversammlung im Bahnhof Trachenberge die Arbeiter die Frage des Proteststreites aufstellten, lehnte der Arbeiterratsoberhaupt Niedel die Abstimmung darüber mit der Begründung ab, daß er sich nicht zwingen lasse und er einen solchen Beschluß niemals durchführen würde.

So betätigten sich die sozialdemokratischen Betriebsräte als die Handlanger der Gewerkschaftsführer, die nur das eine Ziel kennen, die proletarische Einheitsfront zu verhindern und

die Forderungen der Belegschaften zu unterdrücken.

Nur diesem Grunde hat jeder Straßenbahnarbeiter, jeder Arbeiter und jede Arbeiterin das stärkste Interesse daran, daß das Proletariat am 5. März ein Millionenbesenntnis für den gemeinschaftlichen Kampf, für den Kommunismus ablegt. Jeder Kollege muß deshalb zum roten Wahlhelfer werden und unermüdlich die Wahl der Kommunisten propagieren. Am 5. März gilt die Befreiung:

Alle Arbeiterstimmen für die Kommunisten, für Liste 3!

Zur Reichstagswahl

Die kommenden Reichstagswahlen müssen zu einem wichtigen Appell der antifaschistischen Einheitsfront des deutschen Proletariats gestaltet werden. Jede Stimme für die Kommunisten ist ein Beitrag zum Kampf gegen den Faschismus, gegen Lohnraub und gegen die völlige Verflachung der Arbeiterschaft.

Je gewaltiger dieses Kampfsbewußtsein ist, um so stärker wird das Kämpfendes Bewußtsein und der Siegeswillen der Arbeiterschaft, um so kämpferischer wird auch die Arbeiterschaft gegenüber den Angriffen der Unternehmer, die zu neuem Lohnraub rüsten und die völlige Verflachung der Tarife befürchten.

Nur diesem Grunde hat jeder Straßenbahnarbeiter, jeder Arbeiter und jede Arbeiterin das stärkste Interesse daran, daß das Proletariat am 5. März ein Millionenbesenntnis für den gemeinschaftlichen Kampf, für den Kommunismus ablegt. Jeder Kollege muß deshalb zum roten Wahlhelfer werden und unermüdlich die Wahl der Kommunisten propagieren. Am 5. März gilt die Befreiung:

älter

kommen waren immer
n wir an! Bei der
stische Stadtverord-
dank jährlich. Sag!

rdneten!
ind vielmehr dafür,
en den kommunisti-

Stimmen der Nazis
bestehen des Elends
harinäckig sich für
in die Amtlichkeit!

ort! 3
te 3

nd viele mehr dafür,
en den kommunisti-

Stimmen der Nazis
bestehen des Elends
harinäckig sich für
in die Amtlichkeit!

SLUB
Wir führen Wissen.